Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.03.2018, Nr. 68, S. 23

Das große Geschäft mit Containern als Geldanlage

Anleger in Deutschland haben Milliarden in Container investiert. Die Insolvenz mehrerer Gesellschaften des Marktführers P& R wirft jetzt viele Fragen auf. Was steckt dahinter?

maf./sibi. FRANKFURT, 20. März. Wie investiert man überhaupt in einen Container - und welche Risiken sind dabei? Der Wunsch vieler Anleger, vom florierenden Welthandel zu profitieren, und der Mangel an Anlagealternativen haben offenbar Milliarden an Direktinvestments in Seecontainer fließen lassen. Jetzt bangen schon beim zweiten Anbieter Anleger um ihr Geld. Schon vor zwei Jahren meldete Magellan Insolvenz an. Jetzt wurden über mehrere Gesellschaften des Marktführers P& R Insolvenzverfahren eröffnet.

Die Idee dieser Investments klang zunächst ebenso einfach wie verlockend. Die Lieblingsgrafik der Anbieter von Container-Investments zeigte die Entwicklung des Containerumschlags in den Häfen in aller Welt (siehe Grafik): Die Kurve verläuft auf lange Sicht schräg nach oben.

Der Mechanismus der Geldanlage sollte so funktionieren: Die Anleger kaufen dem Anbieter einen Container ab. Sie lassen diesen vom Unternehmen für einige Jahre an Containergesellschaften oder Reedereien vermieten. Dafür wird dem Anleger auf seinem Konto eine Miete gutgeschrieben. Nach Ablauf der Frist kauft das Unternehmen den Container zurück.

Diese Geldanlagen waren in den vergangenen Jahren sehr gefragt, wie der Rechtsanwalt Peter Mattil berichtet, der viele Geschädigte im Magellan-Fall vertreten hat. Dazu trug auch bei, dass vor fünf Jahren geschlossene Fonds strenger reguliert wurden. Viele Schiff-Fonds waren pleitegegangen, die Anforderungen an solche Kapitalanlagen wurden heraufgesetzt, wie Mattil sich erinnert. Mit dem Ergebnis, dass 2013 eine "Lähmung" auf dem Markt für geschlossene Fonds einsetzte. Hingegen sei auffällig viel Geld in Direktinvestments in Container geflossen. "P& R hat damals seine erste Milliarde überschritten", sagt Mattil. Insgesamt habe das Unternehmen zwischen 3 und 4 Milliarden Euro eingesammelt. Seiner Einschätzung nach seien 70 000 bis 80 000 Anleger betroffen. Bei Magellan war es um 8000 Anleger und 350 Millionen Euro gegangen.

In beiden Fällen tauchte die Frage auf, ob die Unternehmen womöglich letztlich im Schneeball-Verfahren gearbeitet haben - ob also die Mieten für die Container an die alten Anleger nicht durch Einnahmen aus der Weitervermietung der Container gedeckt wurden, sondern zum Teil aus den Einlagen neuer Anleger. Spekulationen darüber hatte es in letzter Zeit für P& R gegeben - ob sie stimmen, muss das Insolvenzverfahren zeigen.

Die weiteren Anbieter solcher Container-Investments jedenfalls sind bemüht, die Unterschiede ihrer Angebote zu denen von P& R hervorzuheben. "Die Finanzierung und Vermietung von Containern ist ein profitables Geschäft - die Auslastung der Containerflotten ist hoch", sagte Antje Montag, Vorstand bei Konkurrent CH2. Ähnlich äußerte sich Solvium. Die Buss Group teilte mit, man konzentriere sich aus Renditegründen auf Tankcontainer.

Die Stiftung Warentest hatte zum Jahreswechsel fünf Anlageprodukte für Container-Direktinvestments getestet - und war für vier zum Urteil "mangelhaft" gekommen. Nur eines, vom Anbieter Buss, hatte es auf "ausreichend" gebracht.

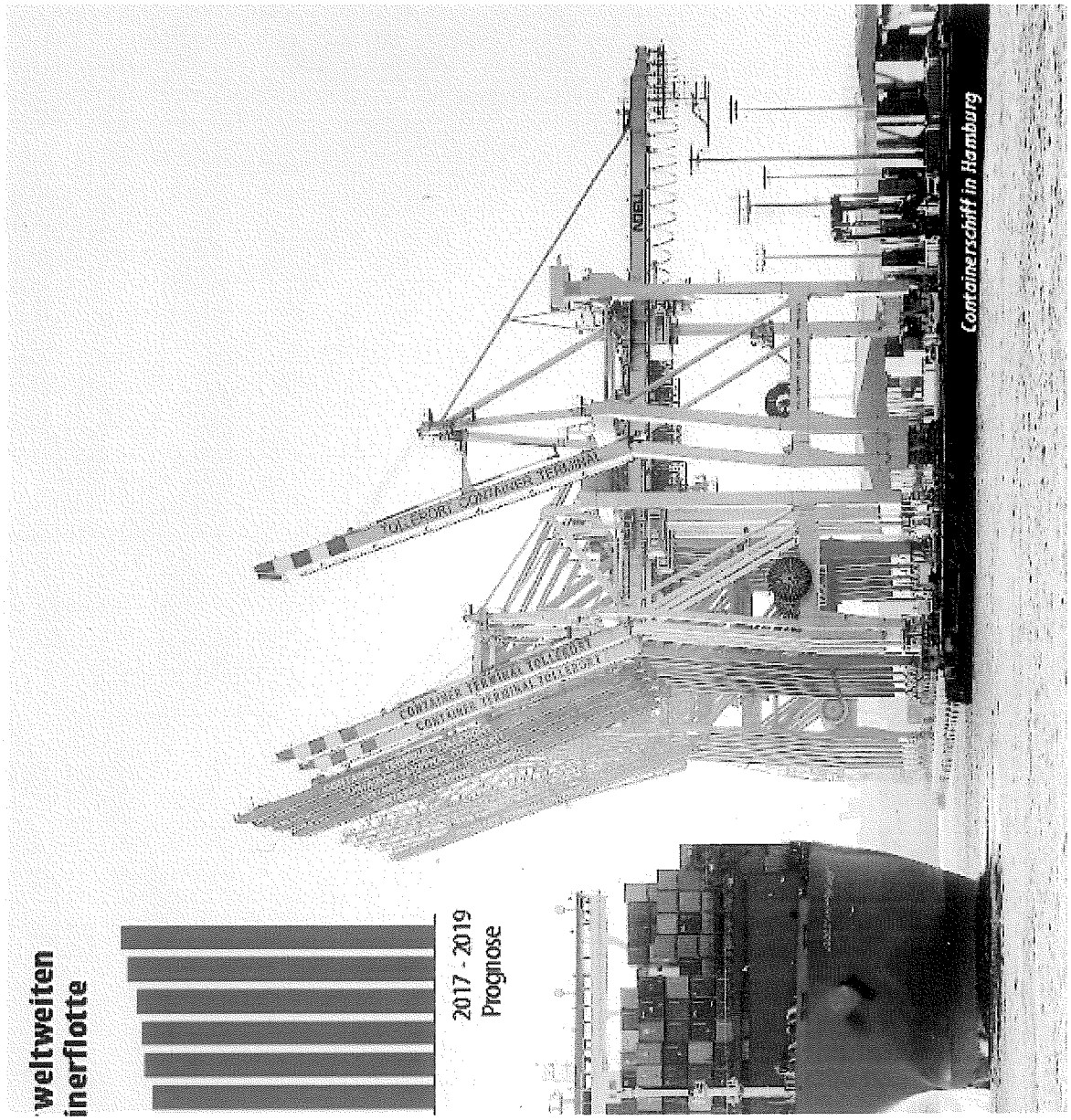
Anwalt Mattil meint, es komme jeweils sehr auf die Kapitalanlagegesellschaft an. "Die Anlagegesellschaft muss seriös sein." Das aber zu entscheiden sei gar nicht so einfach. P& R etwa habe 40 Jahre lang auf die Minute genau ihre Mieten gezahlt. Niels Nauhauser von der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg dagegen gibt vor allem der provisionsgetriebenen Anlageberatung die Schuld, dass solche Direktinvestments überhaupt an Privatkunden verkauft worden sind.

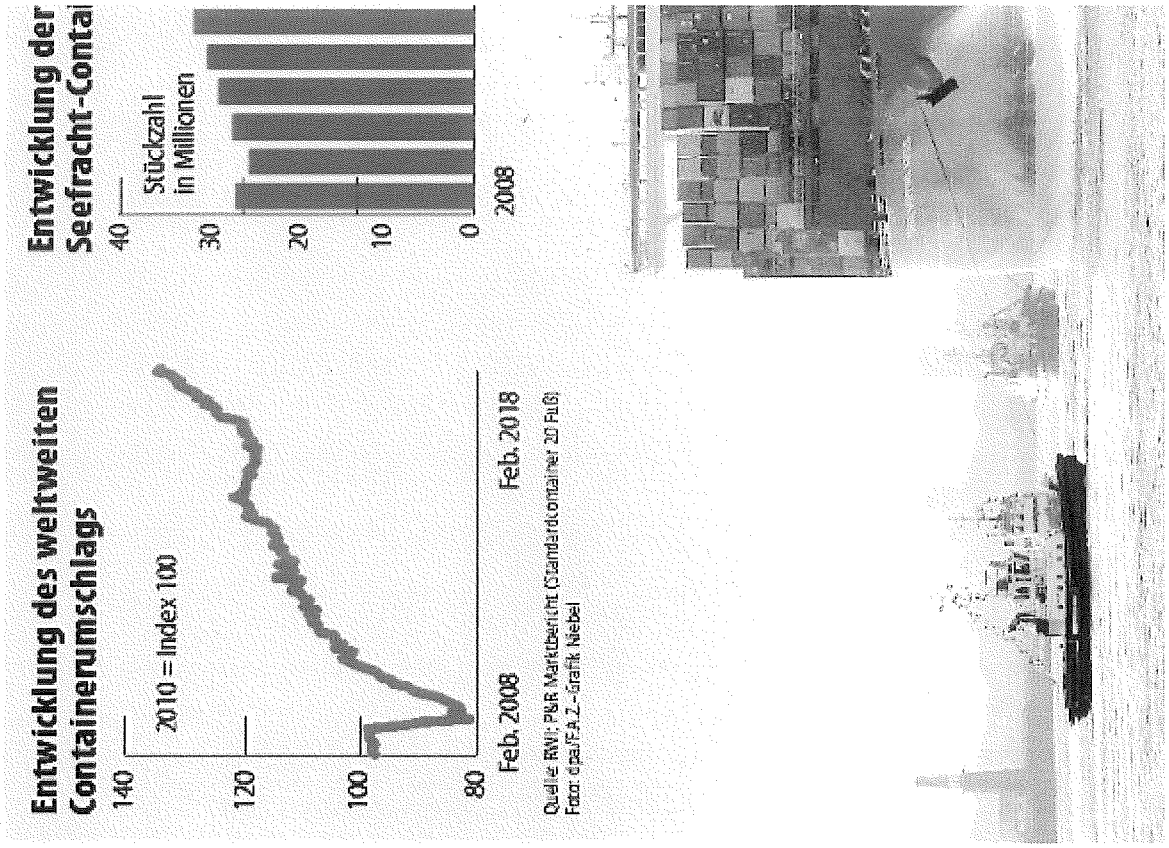
Gehören denn Investitionen in Container zum grauen Kapitalmarkt? Ja, dieser Ansicht sind Verbraucherschützer und die Finanzaufsicht Bafin. "Verbraucher, die in Frachtcontainer investieren, tätigen meist ein Direktinvestment mit Rückkaufvereinbarung und erwerben eine Vermögensanlage", sagte ein Sprecher der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV). Dazu zählt das Vermögensanlagengesetz auch "Anlagen, die eine Verzinsung und Rückzahlung oder einen vermögenswerten Barausgleich im Austausch für die zeitweise Überlassung von Geld gewähren oder in Aussicht stellen". Darunter fallen nach Auffassung der Bafin auch Direktinvestments wie in Container, aber auch in Holz, Edelmetalle, Minen oder Tiere. Zu den typischen Produkten des grauen Kapitalmarktes zählen auch Unternehmensbeteiligungen, eigenkapitalähnliche Finanzierungen wie Genussrechte oder Nachrangdarlehen. Als grau werden die wenig regulierten Kapitalmarktprodukte betrachtet. Zum weißen Kapitalmarkt zählen die streng regulierten Produkte, die Anbieter wie Banken, Versicherungen oder Fondsgesellschaften auflegen.

Unter den schwarzen Kapitalmarkt fallen verbotene Finanzprodukte sowie Angebote, die ohne die notwendige Erlaubnis der Bafin vertrieben werden. VZBV-Chef Klaus Müller spricht sich mit Blick auf die P& R-Insolvenz für ein Verbot des aktiven Vertriebs von Produkten des grauen Kapitalmarkts aus, weil diese für Verbraucher zu komplex seien und zu hohe Risiken bergen.

Nach einer Studie der Marktwächter Finanzen, die von der Bundesregierung geförderte Eingreifgruppe der Verbraucherschützer, wurde ein Drittel der Anlagen am grauen Kapitalmarkt über Banken oder Sparkassen abgeschlossen. Noch häufiger mit einem Anteil von 47 Prozent werden diese Produkte über freie Finanzvermittler vertrieben. Will der Anleger an sein Geld aus der P& R-Schieflage herankommen, sollte er sich nicht auf die Bafin verlassen. Denn nach Angaben einer Sprecherin prüft die Aufsicht nur die seit Anfang 2017 hinterlegten Prospekte für fünf Vermögensanlagen der P& R. Dabei stehen im Vordergrund die Vollständigkeit, Verständlichkeit und Widerspruchsfreiheit der Prospektangaben. Zwingende Mindestangabe sei die zum maximalen Risiko. Dazu zähle neben dem Totalverlust des eingesetzten Kapitals auch die Eigentümerhaftung, die bis zu einer Privatinsolvenz führen könne. Anwalt Mattil jedenfalls schildert die Situation mit möglichen Nachschusspflichten bei P& R so: Eine Nachschusspflicht im engeren Sinne sei für solche Produkte unzulässig, der Anleger müsse nicht für die Schulden des Unternehmen haften. Allerdings könnten theoretisch Kosten aus der Eigentümerhaftung entstehen, wenn etwa ein Hafen in China für die Lagerung des Containers in einer Halle oder die Versicherung dem Eigentümer Kosten in Rechnung stellt. Aber: Da P& R die Container in der Regel auf eigenen Namen vermietet habe, würden sich solche Ansprüche voraussichtlich gegen das Unternehmen richten - nicht gegen den Anleger.

Der Anwalt für Banken- und Kapitalmarktrecht Klaus Nieding vertritt nach eigenen Angaben mehrere P& R-Anleger. Dabei gehe es auch darum, ob es Dritte als Anspruchsberechtigte gebe. Das wären die Vermittler der Produkte. Diese könnten falsch beraten haben, wenn sie nicht ausdrücklich auf die Risiken des Produktes aufgrund des seit Jahren bekannten Niedergangs der Containerschifffahrt hingewiesen hätten. Nieding rät den Anlegern, die nun Eigentümer der Container sind, zu klären, wo und in welchem Zustand sich die Container derzeit befänden.





Quelle:	Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.03.2018, Nr. 68, S. 23
Ressort:	Seitenüberschrift: Finanzen Ressort: Wirtschaft
Serientitel:	Aufmacher Finanzmarkt
Sach-Codes:	GELD Geld und Finanzmärkte
Dokumentnummer:	FD2201803215380345

Dauerhafte Adresse des Dokuments: https://www.genios.de/document/FAZT__FD2201803215380345

Alle Rechte vorbehalten: (c) F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH

DER SPIEGEL

DER SPIEGEL vom 17.03.2018 Seite 77 / Wirtschaft

Wirtschaft

Volle Ladung

Tausende Anleger investierten in Container, nun müssen sie um ihre Ersparnisse bangen

50 000 Kunden haben Milliarden über eine Münchner Firma in Container investiert. Nun müssen sie um ihre Ersparnisse bangen.

Die Lage ist idyllisch: Der Firmensitz der Unternehmensgruppe P& R liegt direkt am Isarufer, in Grünwald, einem kleinen Ort bei München. Doch der IT-Mitarbeiter, der im schwarzen Anzug die Tür öffnet, wirkt angespannt. "Wir Mitarbeiter wissen auch nicht, wie es weitergeht", sagt er nur.

Für Anleger, die ihr Erspartes in die Finanzprodukte von P& R gesteckt haben, sind das beunruhigende Worte.

P& R hat ihnen Container verkauft, über sogenannte Direktinvestments. Das Prinzip: Die Anleger werden Eigentümer, P& R übernimmt die Vermietung der Transportbehälter zu garantierten Preisen und kauft sie nach einem bestimmten Zeitraum zurück.

In den vergangenen Monaten aber mussten Anleger erstmals auf Mietzahlungen warten. Vor zwei Wochen erfuhren Kunden dann per Brief, dass sich ein anstehender Rückkauf von Containern verzögere. Ein Handelspartner sei "kurzfristig und auch für uns überraschend" abgesprungen. Wenig später stoppte P& R den Neuverkauf.

Auf die Frage, ob die Firmengruppe vor der Insolvenz stehe, antwortet die Pressestelle, man könne "momentan keine Einzelfragen beantworten".

Damit bahnt sich der nächste Anlegerskandal in Deutschland an, er hätte weit größere Dimensionen, als die Dramen um das Windenergieunternehmen Prokon oder die Immobiliengruppe S& K. 3,5 Milliarden Euro von rund 50 000 Kunden verwaltet P& R derzeit - darunter Rentner, Selbstständige, kleine Angestellte.

Mehrere Hunderttausend Euro steckte Hans Hasselmann(*), 63, aus einem kleinen Dorf in Baden-Württemberg seit Mitte der Neunzigerjahre in das Geschäft, rund 120 Container gingen in dieser Zeit durch den Besitz seiner Familie.

Ein Finanzmakler verkaufte die Behälter als "rentable Investition in Sachwerte". "Über die Risiken war ich mir lange nicht im Klaren", sagt der ehemalige Computerhändler.

Beim Kauf habe er nur wenige Informationen bekommen: Noch 2016 wurde auf nur zwei Seiten ein 20-Fuß-Standard-Stahl-Container angepriesen, neunfach stapelbar, das Stück 1970 Euro. Ab elf Containern zehn Euro Rabatt. Die voraussichtliche Rendite: rund drei Prozent.

Risikohinweise: Fehlanzeige.

Wirtschaftsprüfer waren allerdings schon damals kritisch. Mehrere Jahresabschlüsse von P& R-Unternehmen wurden nur mit Einschränkungen abgesegnet, weil wichtige Angaben fehlten. Etliche Banken hatten kein Problem damit, die undurchsichtigen Investments an ihre Kunden zu verkaufen: Die Münchner Bank eG stellte den Vertrieb 2015 ein, die Volksbank Braunschweig erst 2016.

Anfang 2017 wurden Einzelheiten über das Geschäftsmodell bekannt, weil P& R zum ersten Mal ausführliche Verkaufsprospekte veröffentlichen musste. "So kam zum Vorschein, wie riskant das Geschäftsmodell eigentlich ist", sagt Fachjournalist Stefan Loipfinger, der den Fall in einem aktuellen Anlegerbuch aufgearbeitet hat.

Was Loipfinger schon seit Jahrzehnten ahnte, wurde bestätigt: dass das Geschäft starken Schwankungen unterliegt und die tatsächlichen Mieteinnahmen der Container zumindest seit 2014 weit hinter den Zahlungszusagen der P& R an ihre Anleger zurückblieben - um durchschnittlich 170 Euro im Jahr, wie Loipfinger ausrechnete.

Zudem zeigten die Prospekte den Anlegern erstmals schwarz auf weiß die hohen Risiken auf, die sie bei solchen Direktinvestments eingehen. Es drohe im schlimmsten Fall nicht nur der Totalverlust des eingesetzten Kapitals, sondern auch die "Gefährdung des sonstigen Vermögens ... bis hin zur Privatinsolvenz", heißt es in einem der letzten Verkaufsprospekte von P& R. Der Eigentümer eines Containers müsse unter Umständen für dessen Instandhaltung finanziell geradestehen oder auch für mögliche Schäden, die durch den Container verursacht werden.

Warum kaufen Menschen so etwas? "Bankberatern vertrauen wir nicht mehr, und von der Börse lassen wir lieber die Finger", sagt ein Betroffener, ein 71-jähriger Rentner. Die Erklärungen der P& R zu den Entwicklungen auf dem Schifffahrtsmarkt dagegen habe er immer einleuchtend und verständlich gefunden.

Gerhard Schick, Finanzexperte bei den Grünen, fordert deshalb, Firmen wie P& R noch strenger zu kontrollieren. "Bei solchen Anlagesummen braucht es definitiv ein Tragfähigkeitsgutachten eines unabhängigen Wirtschaftsprüfers für das Geschäftsmodell", sagt er. Derzeit prüft die Finanzaufsicht BaFin die Prospekte nur auf formale Kriterien hin.

Anleger Hasselmann hofft nun, "dass im Ernstfall nicht alles Geld weg ist". Ein Insolvenzverfahren dürfte bei P& R aber kompliziert werden. Denn die Unternehmensgruppe besteht aus insgesamt vier Firmen, von denen eine ihren Sitz in der Schweiz hat. "Das heißt, dass im Ernstfall mehrere Insolvenzverwalter Ansprüche auf die Insolvenzmasse erheben können", sagt der Anlegeranwalt Peter Mattil.